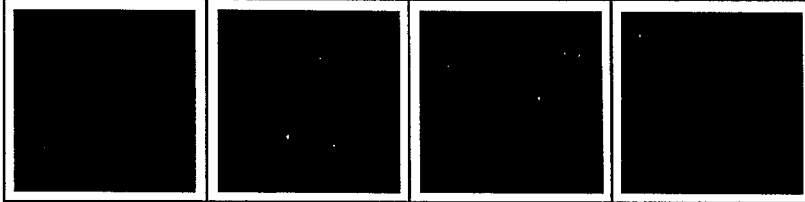
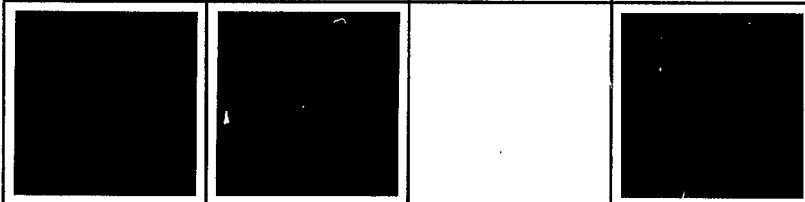
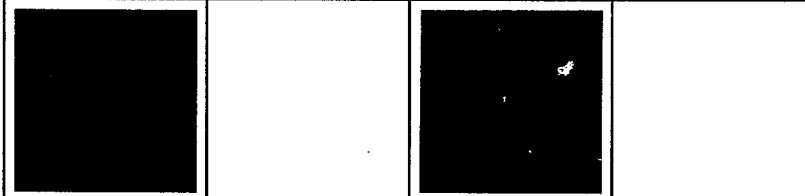


# Nürnberger Beschlüsse



**Aufbruch in  
die Zukunft**



**SPD**





Rechtsstaatlichkeit und parlamentarische Demokratie, ein vorbildlicher Sozialstaat und verbesserte Bildungschancen für alle Bevölkerungsschichten sind zu Markenzeichen unseres Landes geworden. Ob in Regierung oder Opposition: Wir Sozialdemokraten sind stolz auf unseren Anteil daran. Denn vieles mußte gegen den erbitterten Widerstand der Konservativen durchgesetzt werden, die heute einmal mehr beweisen, daß sie ihr Klassen- und Privilegiendenken nie überwunden haben.

**Für uns bleiben Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität unverrückbare Grundpfeiler sozialdemokratischer Politik:**

- **Freiheit, in der sich der einzelne entfalten kann;**
- **Gerechtigkeit, die ausgleicht und Unterdrückung verhindert;**
- **Solidarität, die unterstützt statt ausgrenzt.**

Wir Sozialdemokraten treten entschieden für Friedenssicherung und Abrüstung ein. Wir haben die Ost- und Deutschlandpolitik einen großen Schritt vorangebracht. Und wir sind auch in Zukunft Garant eines deutschen Beitrags zur Sicherung des Friedens in der Welt.

Die SPD will die Industriegesellschaft sozial und ökologisch gestalten und die technischen Entwicklungen zum Wohle der Menschen nutzen.

Die SPD nennt die gesellschaftlichen Skandale wie Massenarbeitslosigkeit und Neue Armut beim Namen und wird sich mit den Ursachen nicht abfinden.

Die SPD unterstützt die Gewerkschaften solidarisch bei ihrem Kampf für Verkürzung der Arbeitszeit, für gerechte Löhne und für gesicherte Arbeitnehmerrechte.

Die SPD macht dagegen Front, wenn

rechtsstaatliche Liberalität nur ein anderer Name für Amnestie von Steuerhinterziehern sein soll.

Und Sozialdemokraten sind seit vielen Jahren für die Verankerung des Umweltschutzes als Staatsziel im Grundgesetz.

Aber die SPD hat nicht allein Leistungsbilanzen vorzuweisen. Wir haben klare Vorstellungen für die Zukunft, dargestellt in den Beschlüssen des Nürnberger Parteitages der SPD im August 1986. Darin sind die Aufgaben zusammengefaßt, die für uns ganz oben auf der Dringlichkeits-Skala stehen:

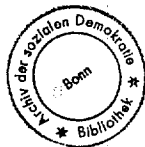
1. **Massenarbeitslosigkeit überwinden — die Wirtschaft ökologisch und sozial erneuern.**
2. **Unser Steuerrecht gerecht gestalten.**
3. **Die Umwelt bewahren und eine sichere Energieversorgung ohne Atomkraft schaffen.**
4. **Die Gleichstellung von Frauen und Männern verwirklichen.**
5. **Die Zukunft sozial gestalten.**
6. **Frieden und Sicherheit bewahren.**

Die von CDU/CSU und FDP getragene Regierung ist diesen Aufgaben nicht gewachsen und in den elementaren Fragen zerstritten. Das gilt für die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit, für die Reform der Alterssicherung und des Gesundheitswesens, für die Suche nach ge-

eigneten Maßnahmen gegen AIDS ebenso wie für Fragen der Inneren Sicherheit und der gerechteren Gestaltung unseres Steuersystems. Besonders bedrückend zeigte sich dies ganz aktuell in der Abrüstungs- und Entspannungspolitik. Immer mehr hängen die Entscheidungen der Rechtskoalition von wechselnden Kräfteverhältnissen, vom Durchsetzungsvermögen einzelner Politiker und vom Erfolg bestimmter Interessengruppen ab. Die Politik dieser Regierung ist unberechenbar.

**Um so mehr ist es unsere Aufgabe, Antworten auf die Zukunftsfragen zu geben. In Nürnberg hat die SPD diese Antworten, die wir hiermit in einer Kurzfassung vorlegen, erarbeitet. Die Erfahrungen der ältesten Partei unseres Landes, ihr soziales Engagement und ihre Fähigkeit, über den Tag hinaus zu danken und Lösungen zu erarbeiten, finden sich in den Nürnberger Beschlüssen wieder — ein Aufbruch in die Zukunft.**

*Andreas Fischer*



C87-1867

# Erstens: Massenarbeits- losigkeit überwinden — die Wirtschaft ökologisch und sozial erneuern

# Nürnberger Beschlüsse Arbeit

## Die Lage

Nach nie seit Bestehen der Bundesrepublik gab es über so lange Zeit so viele Arbeitslose wie gegenwärtig. Trotz besserer Konjunktur und dem Versprechen der Bundesregierung, die Zahl der Arbeitslosen auf eine Million zu drücken, sind heute über 400000 Menschen mehr ohne Arbeit als auf dem Tiefpunkt der Rezession 1982. Kein einziges Mal seit der „Wende“ sank die Zahl der Menschen ohne Arbeit unter zwei Millionen. 1984 bis 1986 verzeichneten die Arbeitslosenstatistiken sogar in 15monatiger Folge immer wieder neue Rekordmarken. Damit ist die Koalition in der Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik kläglich gescheitert. **Gescheitert ist damit auch endgültig ihr vermeintliches Alibi: Mittel der Umverteilung von unten nach oben: Mit Einschnitten im Sozialbereich und zusätzlichen Belastungen der breiten Bevölkerungsschichten Entlastungen für Unternehmen und Großverdiener zu finanzieren, in der Hoffnung, daß damit mehr Investitionen angeregt werden und neue Arbeitsplätze entstehen.**

Banken, Versicherungen und viele Großunternehmen erzielen Höchstgewinne, während gleichzeitig mehr Pleiten als je zuvor in der Bundesrepublik verzeichnet wurden, von denen jede einzelne die weitere Vernichtung von Arbeitsplätzen bedeute.

Die geringe Zunahme der Beschäftigtenzahl ist die Arbeitszeitverkürzung, dem außergewöhnlich starken Exportboom, dem Verfall der Rohstoffpreise und der Halbierung des Erdölpreises zu verdanken.

Seit Monaten steigt die Arbeitslosigkeit — insbesondere — wieder an. Heute beträgt die Zahl der Arbeitslosen über 400000 Menschen. Die Zahl der Arbeitslosen steigt weiter an. Die Zahl der Arbeitslosen steigt weiter an.

arbeitsloser Frauen und Männer in eine neue Phase der konjunkturellen Abschwächung. Und es gibt keine Anzeichen dafür, daß die Bundesregierung ernsthaft etwas gegen einen neuerlichen Anstieg der Massenarbeitslosigkeit unternehmen will.

## Unser Vorschlag: Das Nürnberger Aktions- programm

Das Nürnberger Aktionsprogramm ist die bisher umfassendste Antwort auf die Massenarbeitslosigkeit und die ungelösten Strukturprobleme unserer Wirtschaft:

**Wir brauchen ein „Aktionsprogramm gegen die Massenarbeitslosigkeit“.**

Kernstück dieses Aktionsprogramms ist die Einrichtung eines Sondervermögens „Arbeit und Umwelt“, über das Kredite und Zuschüsse für Umweltinvestitionen bereitgestellt werden. Das Sondervermögen soll vor allem durch einen geringen Zuschlag auf den Energieverbrauch finanziert werden. Rückfließende Kredite gehen wieder in das Sondervermögen ein und stehen für neue Investitionen zur Verfügung. Diese Idee hat einen höchst erfolgreichen Vorbildler: den „Marshall-Plan“, der nach dem Zweiten Weltkrieg ganz maßgeblich den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft ermöglichte.

Aber das allein ist nicht genug.

Die Investitionen in die Umwelt sind...

werden: Für die Verbesserung des öffentlichen Nahverkehrs, für den Ausbau kommunaler Energieversorgungsnetze und eine umweltverträgliche Abfallwirtschaft. So können Arbeitsplätze vor Ort gesichert und geschaffen werden. Wer auf diese Weise Arbeitsplätze schafft, entlastet die Gemeinden von den steigenden Sozialhilfekosten, die ihnen aufgrund der wachsenden Dauerarbeitslosigkeit aufgebürdet werden.

Es ist nicht einzusehen, warum die Menschen nicht weniger arbeiten dürfen, obwohl sie in immer weniger Zeit immer mehr produzieren. Und wir sehen noch weniger ein, warum viele Menschen immer mehr arbeiten müssen als sie wollen, während andere gar nicht arbeiten dürfen. Deshalb muß die **Arbeitszeit** weiter verkürzt werden.

Trotz wachsender Probleme in den sozialen Brennpunkten unserer Gesellschaft nimmt das Angebot an öffentlichen **Dienstleistungen** ab. Wir müssen bereit sein, die Leistungen der öffentlichen, aber auch der freien Träger, die konkrete Hilfe vor Ort leisten, weiter auszubauen. Das wird erleichtert, wenn andere Gehaltsstrukturen bei den oberen Einkommen im öffentlichen Dienst eingeführt werden.

Kein **Jugendlicher** soll ohne Arbeit und Ausbildung bleiben. Deshalb wollen wir auch die Betriebe zur Finanzierung der Berufsausbildung heranziehen, die selbst nicht oder nicht genügend ausbilden. Damit kann eine Ausbildung für die jungen Frauen und Männer finanziert werden, die sonst keine Lehrstelle finden.

Wir brauchen einen beständigen Prozeß der berufsbegleitenden **Qualifizierung**. Wir streben ein umfassendes System an, das den Arbeitnehmern einen **Rechtsanspruch** auf Fort- und Weiterbildung gibt und für einen festen und gleichwertigen Platz in unserem Bildungssystem sorgt. Dieses System der **Fortbildung** soll vorwiegend in den von **Arbeitslosigkeit** besonders betroffenen

Regionen und für benachteiligte Gruppen entwickelt und ausgebaut werden.

Damit **Arbeitslosen** — und ganz besonders Langzeitarbeitslosen — wieder eine Zukunftsperspektive gegeben werden kann, müssen mehr Stellen in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen bereitgestellt werden. Sie brauchen Unterstützung bei der betrieblichen Wiedereingliederung und überall dort, wo sie — etwa in lokalen Beschäftigungsinitiativen — selbst für die Schaffung von Arbeitsplätzen sorgen.

**Das alles kostet Geld,**

aber auch Arbeitslosigkeit kostet viel, sehr viel. Berechnungen zeigen, daß es für den Staat und für die Bürgerinnen und Bürger ohnehin kaum teurer ist, beschäftigungspolitische Maßnahmen zu bezahlen, anstatt die Arbeitslosigkeit zu finanzieren. Und sinnvoller ist es allemal. Dennoch bleibt ein Restbedarf an Finanzierung. Dieser kann solide nur gedeckt werden, wenn eine Steuerpolitik für mehr Gerechtigkeit Platz greift und wenn die unsozialen Steuersenkungspläne der Bundesregierung geändert werden.

## Wir müssen die Industriegesellschaft ökologisch erneuern

Wir sind heute dabei, unseren Nachkommen die natürlichen Lebensgrundlagen zu entziehen. Es reicht nicht mehr aus, nur noch der Entwicklung hinterher zu rennen und Umweltschäden zu reparieren. Wir müssen uns umstellen und **Umweltvorsorge** betreiben.

Die **Umweltschädigende** Herstellung von Produkten muß abgeschafft, Verbrauchergewohnheiten müssen verändert werden. Viele Menschen sind heute schon dazu bereit, wie der Erfolg von

# Nürnberger Beschlüsse Arbeit

Glas-Containern und phosphat-freien Waschmitteln zeigt.

**Aber der Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen braucht klare politische Vorgaben:**

— durch **Ge- und Verbote sowie Abgabeverordnungen, die die Belastungen von Boden, Wasser und Luft rigoros eindämmen;**

— durch die **verstärkte Bekämpfung und Bestrafung von Umweltkriminalität;**

— durch **Umweltverträglichkeitsprüfungen für öffentlichen und private Vorhaben.**

Ein jährlicher Bericht zur Lage der Natur soll eine realistische Bestandsaufnahme der Umweltbelastungen ermöglichen, die Wirkungen von Eingriffen in die Umwelt aufzeigen und früh vor neuen schädlichen Entwicklungen warnen. Und weil der Schutz der Umwelt keine nationalen Grenzen kennt, sind durchgreifende Erfolge schließlich nur in internationaler Zusammenarbeit zu erreichen, mit internationalen Vereinbarungen und grenzüberschreitend gültigen Normen.

## Wir wollen den technischen Wandel sozial und human gestalten

Nicht alles, was technisch machbar ist, ist zugleich für die Menschen nützlich. Wir vertrauen auf die **Kreativität** und

Leistungsfähigkeit der Techniker und Wissenschaftler. Aber die Politik muß die Menschen auch vor schädlichen Wirkungen und Folgen der Technik schützen und verhindern, daß sie ihn beherrscht und zum reinen Anhängsel macht. Deshalb wollen wir eine Fortsetzung des Programms „Humanisierung der Arbeitswelt“ und die Mitbestimmung von Arbeitnehmern bei der Einführung und Anwendung neuer Techniken. Darüber hinaus soll ein Institut „Arbeit und Technik“ eingerichtet werden, das die Entwicklung der Technik aus sozialer und naturwissenschaftlicher Sicht beobachtet und bewertet.

**Wir wollen die Wirtschaft demokratisieren**, weil all die zuvor genannten Ziele nur im Einvernehmen mit den Betroffenen, und das sind insbesondere die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, bewältigt und erreicht werden können.

**Deshalb brauchen wir:**

— **Mitbestimmung auch auf europäischer Ebene, durch europäisches Recht für Arbeitnehmer in multinationalen Unternehmen,**

— **Mitwirkung auf gesamtwirtschaftlicher Ebene,**

— **den Ausbau der Mitbestimmung auf allen Unternehmensebenen, im Betrieb und am Arbeitsplatz.**

Und weil zur notwendigen Überwindung der Arbeitslosigkeit und für die ökologische Erneuerung unserer Industriegesellschaft das Produktionskapital nicht in Händen weniger konzentriert sein darf, wollen wir die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer stärker am Produktivvermögen beteiligen.

Darüber hinaus soll schließlich die Idee der **Selbstverwaltung** und des **Genossenschaftswesens** weiter gefördert werden. Öffentliche und gemeinwirtschaft-

# Nürnberger Beschlüsse

## Arbeit

liche Unternehmen sind notwendig, weil sie in unserer Gesellschaft Aufgaben erfüllen, die von der Privatwirtschaft nicht wahrgenommen werden.

### Wir brauchen eine leistungs-fähige Wirtschaft

Die Konzentration der Wirtschaft verstärkt sich zunehmend. Immer mehr mittelständische Betriebe geben auf oder werden von Großunternehmen geschluckt. Manche Konzerne sind zu Wirtschaftsmächten geworden, die den marktwirtschaftlichen Leistungswettbewerb in den Hintergrund drängen. Die unternehmerische Persönlichkeit, die durch Einsatz- und Risikobereitschaft Impulse für den Wettbewerb in unserer Wirtschaftsordnung geben soll, tritt immer weiter zurück. Dieser Prozeß ist nicht nur eine Gefahr für einzelne Unternehmen, sondern für die Zukunft und Leistungsfähigkeit unserer Volkswirtschaft.

Diesem Trend muß gegengesteuert werden:

- durch eine Verschärfung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen,
- durch schärfere Fusionskontrollen und eine Stärkung des Bundeskartellamtes,
- durch Einschränkung der Unternehmensbeteiligungen, vor allem von Banken und Versicherungen.

Kleinen und mittleren Unternehmen entstehen Nachteile schon aufgrund ihrer Betriebsgröße. Sie benötigen Hilfen bei der Kapitalbeschaffung, Innovations- und Managementberatung. Programme für Technologietransfer sind ebenso zu unserem Maßnahmenbündel

wie vereinfachter Börsenzutritt für kleine Aktiengesellschaften. Und für sie ist die steuerfreie Investitionsrücklage gedacht, mit der Geld für Investitionen gleichsam ohne Zugriff des Finanzamtes „angespart“ werden kann.

Wir brauchen eine Wirtschaftspolitik, die vorausschauend. Die mit besseren Informationen und Steuerungsmöglichkeiten Probleme frühzeitig erkennt und die Schaffung neuer Arbeitsplätze in anderen Wirtschaftszweigen oder die Modernisierung bestehender Unternehmen unterstützt.

Bei strukturellen Schwierigkeiten in Branchen, auf die auch bei schwieriger „Marktlage“ nicht verzichtet werden kann, brauchen wir Hilfen aus nationaler Verantwortung. Anders gesagt: Ein „Aus“ für Kohle, Stahl, Schiffbau und Landwirtschaft wird es mit der SPD nicht geben.

### Die Krise muß international, in Zusammenarbeit mit der Staatengemeinschaft bekämpft werden

Neben nationalen Maßnahmen müssen internationale Vereinbarungen getroffen werden, durch die ausbeuterische Arbeitsbedingungen beseitigt werden. Der jetzige Zustand hilft nur denen, die sich zur Maximierung ihres Profites Länder mit niedrigen Löhnen, schwachen Gewerkschaften und unterentwickeltem Arbeitsschutz aussuchen. Dauerhafte Arbeitsplätze schafft das nirgendwo. Und die werden überall benötigt, bei uns und in der Dritten Welt: Wir wollen internationale Vereinbarungen erreichen, damit Gelder aus Rüstungseinsparungen für Hilfsprogramme dieser ärmsten Länder eingesetzt werden können.



# Zweitens: Unser Steuerrecht gerecht gestalten

# Nürnberger Beschlüsse Steuern

## Die Lage

In den wenigen Jahren ihrer Regierungszeit hat die „Wende“-Koalition es geschafft, die Verteilung des Volkseinkommens auf den Zustand der 50er Jahre zurückzudrehen. Mit Steuergeschenken für Spitzenverdiener und Unternehmen einerseits, mit Rekordabgabenbelastungen und massiven Opfern für breite Bevölkerungsschichten andererseits. **Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die 83 Prozent der Bevölkerung ausmachen, verfügen heute über nur noch 58 Prozent des Volkseinkommens.** Unternehmertätigkeit und Vermögensbesitz zahlen sich dagegen deutlich besser aus: Die Reichen sind in der Minderheit, aber sie streichen 42 Prozent des Volkseinkommens ein. In nackten Zahlen: Seit 1982 ist der Bruttoeinkommenszuwachs bei den Arbeitnehmern um 136 Milliarden Mark gestiegen. Ihnen verblieben davon nach Abzug der Steuern und Abgaben in Höhe von 62,7 Prozent nur 50,7 Milliarden Mark. Der Bruttoeinkommenszuwachs bei Vermögensbesitzern und Unternehmern betrug im gleichen Zeitraum 155 Milliarden Mark, von denen aber nur 6,4 Prozent oder ganze 10,5 Milliarden Mark weggesteuert wurden. Ihnen blieben also stolze 144,5 Milliarden übrig.

Das ist gemeint, wenn wir von „Umverteilung von unten nach oben“ sprechen. Arbeitnehmer, Rentner, Arbeitslose und ihre Familien zahlen, die Besserverdienenden und Unternehmen kassieren. Soziale Gerechtigkeit und sozialer Frieden, zu denen in der Bundesrepublik hauptsächlich die Sozialdemokratie beigetragen hat, sind auch positive Faktoren für wirtschaftliche Stärke. (In England hat die konservative Verteilung von unten nach oben dazu geführt, daß dieses früher wirtschaftlich führende Land in der Pro-Kopf-Wirtschaftsleistung jetzt hinter Italien und die DDR auf Platz sieben der Industrieländer abgerutscht ist.)

## Unser Vorschlag: Ein gerechtes und beschäftigungswirksames Steuersystem

In ihrem Nürnberger Beschluß fordert die SPD ein Ende der ungerechten Steuerpolitik: Die Ungerechtigkeiten müssen korrigiert, die Steuer- und Abgabenbelastungen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen auf ein erträgliches Maß zurückgeschraubt werden.

### Das materielle Existenzminimum muß steuerfrei sein.

Steuersenkungen müssen auf kleine und mittlere Einkommen konzentriert werden. Dazu gehört eine Erhöhung des Grundfreibetrages, damit das materielle Existenzminimum steuerfrei ist.

Steuergerechtigkeit heißt auch, daß der, der sein Einkommen durch Arbeit erzielt, nicht mehr Steuern dafür zahlen darf als jemand, der Einkommen ohne Arbeitsleistung — etwa durch Erbschaft, Finanzanlagen oder Immobilien — erzielt. Eine Verzehnfachung des Sparereibetrages soll gewährleisten, daß die große Mehrheit der Sparer für Zinsinkünfte keine Steuern zahlen muß.

Steuerliche Sonderregelungen sollen auf ein Mindestmaß beschränkt werden.

### Der Familienlastenausgleich muß wieder gerecht werden.

Deshalb wollen wir die unsozialen Kinderfreibeträge durch ein einheitliches Kindergeld für alle ersetzen. Dem Staat soll jedes Kind, unabhängig vom Einkommen seiner Eltern, gleich viel wert sein.

Diese Grundlinie unserer Steuerpolitik ist nicht nur gerechter, sondern auch wirtschaftspolitisch vernünftig: Die Nachfrage wird gestärkt, weil breite Teile der Bevölkerung mehr finanzielle Bewegungsfreiheit haben. Das ist ein erheblicher Beitrag zum Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit. Ein „armer Staat“ kann keinen Beitrag zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit leisten.

Die bisherige, verfehlte Steuerpolitik treibt Bund, Länder, Städte und Gemeinden in die Staatsverschuldung und nimmt ihnen damit die Handlungsfähigkeit zur Gestaltung der Zukunft, zur Sicherung der Leistungsfähigkeit von Wirtschaft und Gemeinwesen. Den armen Staat aber können sich nur die Reichen leisten. **Deshalb wollen wir eine gerechtere Neuordnung des Finanzausgleichs zwischen den Bundesländern und eine gerechte Steuerverteilung zwischen Bund und Ländern, die Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit nicht zusätzlich mit Steuererlusten bestraft. Wir wollen eine Gemeindefinanzreform, die die Gemeinden in die Lage versetzt, ihren Aufgaben nachzukommen. Außerdem soll die Gewerbesteuer wieder ihre alte Bedeutung gewinnen, und die Gemeinden sollen ein größeres Stück von Lohn- und Einkommensteuer erhalten als bisher.**

Die Steuerpläne der Bundesregierung für 1988 und 1990 sind konjunktur- und beschäftigungspolitisch verfehlt. Sie werden die Konjunktur und den Arbeitsmarkt zusätzlich belasten und Zehntausende von Arbeitsplätzen kosten. Wir brauchen eine Politik der Steuergerechtigkeit, die ohne eine Erhöhung der Mehrwertsteuer auskommt und ihre Finanzierung so sicherstellt, daß unser Gemeinwesen im Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit handlungsfähig bleibt.

# Drittens: Die Umwelt bewahren und eine sichere Energie- versorgung ohne Atomkraft schaffen

# Nürnberger Beschlüsse Energie

## Die Lage

Trotz der großen Risiken der Kernenergie, die seit Harrisburg und Tschernobyl tatsächlich geworden sind, setzt die Bundesregierung weiter auf eine Kernenergie-Vorrangpolitik. Seit August 1986 gingen vier neue Atomkraftwerke ans Netz. Und gleichzeitig versucht die Koalition, den Widerstand der SPD zu brechen, indem sie die Kohle als „Geisel“ benutzt: Kritik an der Kernenergie soll mit dem Entzug der Kohleförderung bestraft werden.

Und Verharmlosung kennzeichnet auch das Regierungsverhalten in der Umweltpolitik: Industrie und Koalition lobten sich in Großinszenen noch gegenseitig für ihre Umweltschutzaktivitäten, als die toten Fische schon auf dem Rhein schwammen. Das Waldsterben wird weiter heruntergespielt, der Landschaftsverbrauch durch immer mehr Straßen geht unvermindert weiter. Und was den Menschen im Nahrungsmittelbereich zugemutet wird, wurde mit den Skandalen gerade aus jüngster Zeit nur ansatzweise deutlich.

## Unser Vorschlag: Neue Wege in der Energie- und Umweltpolitik

In Nürnberg wurde der Weg hin zu einer sicheren Energieversorgung ohne Atomkraft gewiesen. Wir stehen zu unserer Aussage, daß bei entsprechenden Mehrheiten dieses Ziel in einer Frist von zehn Jahren erreichbar ist. Statt Atomvorrangpolitik wollen wir die Wiederaufnahme der Kohlevorrangpolitik, die verstärkte Förderung von Energie-Ein-

sparungs-Möglichkeiten und die Konzentration der Forschung auf nicht erschöpfliche Energiequellen wie Sonne und Wind.

Von der Kommission „Übergang zu einer sicheren Energieversorgung ohne Atomkraft“ wurde der Antrag zum Ausstieg aus der Kernenergie vorgelegt:

— **Darin wird die SPD-Bundestagsfraktion aufgefordert, die gesetzliche Basis für eine sichere Energieversorgung ohne Atomkraft auf Grundlage des von der Kommission vorgelegten Zwischenberichts (Änderung des Atomgesetzes und des Energiewirtschaftsgesetzes) zu schaffen. Das ist bereits — allerdings bisher parlamentarisch erfolglos — gesehen.**

— **Sozialdemokraten auf Länderebene sollen sich aktiv an der Durchsetzung einer Energieversorgung ohne Atomstrom beteiligen, zum Beispiel als Eigentümer oder Anteilseigner von Energieversorgungsunternehmen bei der Genehmigung von Stromtarifen.**

— **Auf Gemeindeebene soll die kommunale Energieversorgung durch verstärkte Nutzung der Kraft-Wärme-Koppelung und der Aufbau von Beratungseinrichtungen zur Energieeinsparung gefördert werden.**

— **Im Bereich der Europäischen Gemeinschaft ist die Soziali-**

**stische Fraktion aufgefordert, sich für eine Änderung der energiepolitischen Ziele einzusetzen, die noch stark auf die Kernenergie ausgerichtet sind. Außerdem sollen die nicht genutzten Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit und im Bereich des Umweltschutzes durchgesetzt und erweitert werden.**

— **Eine Kommission des Parteivorstandes arbeitet weiter an der Konkretisierung der energiepolitischen Aussagen. Dabei geht es um die wirtschaftlichen, umweltpolitischen und rechtlichen Auswirkungen. Auch sollen die Chancen für neue Arbeitsplätze, die ohne Zweifel in dieser Umstellung stecken, intensiv ausgelotet werden.**

In der Umweltpolitik heißt das Motto von Nürnberg:

„Kurswechsel für Leben und Umwelt — für die ökologische Erneuerung der Industriegesellschaft“.

Der Staat ist durch das Grundgesetz verpflichtet, den einzelnen Bürger vor sozialer Not zu bewahren (Sozialstaatsprinzip). Er muß auch verpflichtet werden, seine Bürger vor Umweltschäden zu bewahren (Naturstaatsprinzip).

Deshalb fordern wir, den Umweltschutz als Staatsziel ins Grundgesetz zu schreiben.

**Wir wollen eine ökologisch orientierte Produktionsstruktur.**

**Das heißt: Weniger Energie-, Rohstoff- und Landschaftsverbrauch, weniger Belastung von Luft, Wasser und Boden.**

Dies kann erreicht werden

- durch den Ersatz umweltschädlicher Produkte und Produktionsverfahren durch umweltverträgliche,
- durch Förderung der notwendigen technischen Entwicklung,
- durch Schaffung entsprechender rechtlicher und infrastruktureller Rahmenbedingungen,
- durch Veränderung gewohnter Verhaltensweisen.

**Grundsätzlich soll das Prinzip gelten, daß Umweltbelastungen teuer und damit unwirtschaftlich werden. Umweltvorsorge muß für Verbraucher, Wirtschaft und Landwirtschaft lohnend werden.**

Erreichbar ist dies durch

- Grenzwerte, Ge- und Verbote als umweltpolitische Mindeststandards;
- eine Umkehr der Beweislast, das heißt: Ein Produkt darf solange nicht hergestellt werden, solange dessen ökologische Unbedenklichkeit nicht nachgewiesen ist;
- Abkehr von der „Verdünnungspraxis“ (hohe Schornsteine, Verklappung in Gewässern), denn: fein verteilter Dreck ist immer noch Dreck;
- Umweltabgaben, die den Schutz der Umwelt belohnen und ihre Verschmutzung unwirtschaftlich machen. Der Bau einer Kläranlage muß billiger sein als Abwässer ungeklärt einzuleiten;
- Neuordnung des Haftungsrechts, für das ebenfalls die Beweislastumkehr zu gelten hat. Ein Beispiel: Nicht die Umweltschützer müssen einem Unternehmen nachweisen, daß es für ein Fischsterben im Rhein verantwortlich ist, sondern das ver-

# Nürnberger Beschlüsse Umwelt

werden, in der Forschungspolitik müssen neue Schwerpunkte gesetzt werden usw.

dächtige Unternehmen muß den Gegenbeweis antreten.

Eine ökologisch orientierte Wirtschaftspolitik muß herkömmliche Ressortgrenzen übergreifen: Im Stabilitäts- und Wachstumsgesetz muß der Staat auch bei ökologischen Krisen zum Handeln aufgefordert werden, in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung darf zum Beispiel nicht mehr die Reparatur einer durch Luftverschmutzung maroden Brücke als Plus im Brutto sozialprodukt eingehen, die Arbeitsmarktpolitik muß Umweltschutz stärker als Faktor zur Schaffung neuer Arbeitsplätze sehen, im Steuerrecht kann Umweltschutz und umweltverträgliche Produktion belohnt

In der Chemiewirtschaft wird es darauf ankommen, umweltschädliche durch umweltverträgliche Stoffe zu ersetzen. Die Abfallwirtschaft soll unter dem Motto stehen: Vermeiden und verwerten statt wegwerfen. Die Umweltpolitik muß zu vorbeugendem Gesundheitsschutz werden durch saubere Luft, reines Wasser und unbelasteten Boden.

**Alle diese Maßnahmen sind nur begrenzt im nationalen Rahmen zu verwirklichen. Deshalb brauchen wir internationale Vereinbarungen — in der EG, in Zusammenarbeit mit unseren östlichen Nachbarn und in der Nord-Süd-Politik. Wir brauchen eine Umwelt-Außenpolitik.**



# Viertens: Die Gleichstellung von Frauen und Männern verwirklichen

## Die Lage

Auch eine konservative Regierung kann sich heute den wachsenden Ansprüchen der Frauen nach Gleichstellung nicht entziehen. Die Bundesregierung hat zwar das äußere Bild verändert: Es gibt jetzt eine Frauenministerin. An der für Frauen harten Wirklichkeit konservativer Politik hat sich aber nichts geändert. Im Gegenteil, die Versuche, das Rad wieder zurückzudrehen, nehmen zu, auch wenn sie bislang unter einem Deckmantel daherkommen. Sei es als Beratungsgesetz zum Paragraphen 218, das nicht beraten, sondern bevormunden soll, sei es als Ruf nach einem freiwilligen Waffendienst für Frauen, der keine Gleichberechtigung bringt, sondern Lückenbüsserinnen rekrutieren soll.

## Unser Vorschlag: Frauen machen Politik

Wir sagen: Wer die menschliche Gesellschaft will, muß die männliche Gesellschaft überwinden. Das fängt damit an, daß Frauen ihre Belange selbst in die Hand nehmen und es geht damit weiter, daß weibliche Lebensperspektiven und weibliche Erfahrungen in unsere politischen Konzepte einbezogen werden.

**Zur Demokratie gehört, daß Frauen und Männer gleichberechtigt am politischen Leben beteiligt sind.**

Die SPD hat das Frauenwahlrecht durchgesetzt und die rechtliche Gleichstellung von Frauen und Männern in Ehe und Gesellschaft vorangetrieben. Die Gleichstellung von Frauen auch in den eigenen Reihen vollständig zu verwirklichen, ist für uns eine Frage der Glaubwürdigkeit. Es ist unser festes Ziel, den Anteil der Frauen an Mandaten, Ämtern und Funktionen in der Partei



schrittweise so zu steigern, daß nach in den 90er Jahren ihr Anteil dem Bevölkerungsanteil entspricht.

## Beschäftigungschancen für Frauen.

Nach wie vor sind Frauen in nahezu allen Bereichen des Erwerbslebens benachteiligt: Für sie ist die Suche nach einem Ausbildungsplatz noch schwieriger, sie werden schlechter bezahlt und sie sind besonders stark von Arbeitslosigkeit betroffen. Die Frauenarbeitslosigkeit hat sich binnen zehn Jahren mehr als verdoppelt und die drastischen Befähigungskürzungen nach der Wende verschlechtern die Bildungsförderung von Mädchen besonders stark.

Deshalb wollen wir Frauenförderpläne, die sie soziales bevorzugten, bis in sämtlichen Einkommens- und Beschäftigungsbereichen ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Männern und Frauen hergestellt ist. Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge sollen Betriebe den Vorzug erhalten, die über derartige Frauenförderpläne verfügen. In den Ausbildungsbereichen, in denen Frauen unterrepräsentiert sind, wird ihnen mindestens die Hälfte der Ausbildungsplätze angeboten.

Wir setzen uns für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Frauen und Männer ein. Eine Verkürzung der täglichen Arbeitszeit ist dafür ebenso unerlässlich wie familienergänzende Maßnahmen notwendig. Deshalb wollen wir den Mutterschaftsurlaub zu einem Elternurlaub mit Arbeitsplatzgarantie und Kündigungsschutz fortentwickeln und gesetzlich abgesicherte Teilzeit- und Berufsausbildungsmöglichkeiten für erziehende Mütter und Väter einführen.



# Fünftens: Die Zukunft sozial gestalten

## Die Lage

Die konservative Bundesregierung hat seit der „Wende“ vom Oktober 1982 den Sozialstaat in einer Weise demonstriert, für die es in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland kein Beispiel gibt. Sie hat den sozial Schwächeren Mehrbelastungen und Leistungskürzungen zugemutet und gleichzeitig die ohnehin Privilegierten begünstigt.

So hat die Koalition gleichzeitig die Rentenanwartschaften der Menschen in Behindertenwerkstätten gekürzt und die Vermögensteuer gesenkt. Sie baut Zug um Zug zentrale Arbeitnehmerrechte ab: Durch das sogenannte Beschäftigungsförderungsgesetz hat sie typische Arbeitgeberrisiken auf die Arbeitnehmer verlagert. Durch mehr Leiharbeit und durch die schrankenlose Zulassung befristeter Arbeitsverträge hat sie die Belegschaften in zwei Gruppen gespalten: In eine Kernbelegschaft mit gesicherten Arbeitsplätzen und eine Randbelegschaft mit geringerem arbeits- und sozialrechtlichem Schutz und ungesicherten Arbeitsplätzen.

Sie hat die Streikfähigkeit der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften geschwächt und zahlreichen Familien mit geringem Einkommen die Bildungsmöglichkeiten für ihre Kinder genommen. Sie hat nichts gegen die Arbeitslosigkeit getan und nimmt hin, daß fast 40 Prozent aller Arbeitslosen heute weder Arbeitslosengeld noch Arbeitslosenhilfe bekommen.

## Unser Vorschlag: Umbau des Sozialstaates

Wir wollen die Systeme der sozialen Sicherung in der Bundesrepublik nicht abbauen, sondern umbauen. Mehr als je zuvor steht dabei die Forderung nach

# Nürnberger Beschlüsse Soziales

Arbeit für alle im Vordergrund. Dies ist die wichtigste innenpolitische Aufgabe. Deshalb wollen wir Arbeit schaffen, Arbeit gerechter verteilen und für Arbeit qualifizieren.

Die Zukunft der Arbeit sichern, bedeutet auch den **sozialen Schutz der Arbeitslosen** verbessern, solange die Arbeitslosigkeit nicht kurzfristig zu beseitigen ist. Wir wollen, daß die Kürzungen der Lohnersatzleistungen der Bundesanstalt für Arbeit rückgängig gemacht werden. Wir wollen verkürzte Sperrzeiten und entschärfte Zumutbarkeitsbedingungen, damit die Vermittlungschancen im erlernten Beruf möglichst lange erhalten bleiben und Qualifikation nicht sinnlos vergeudet wird.

Die Flucht aus dem **Arbeits- und Sozialrecht**, zum Beispiel über die Ersetzung geschützter Normalarbeitsverhältnisse durch unständige und geringfügige Tätigkeiten und durch Auslagerung von Arbeiten in die Wohnung des Arbeitnehmers (Tele, Heimarbeit) muß verhindert werden. Das Verbot der Leiharbeit muß weiter ausgedehnt, die Mitbestimmung der Betriebsräte auch in diesem Bereich verbessert werden.

### Wir wollen den Familien helfen.

Den **Familien** muß gerecht geholfen werden. Deshalb wollen wir die Ausbildungsförderung wiederherstellen: Bildung soll kein Privileg derer sein, die sie sich finanziell leisten können. Wir wollen den Elternurlaub, das Erziehungsgeld, das Mutterschaftsurlaubsgeld und den Kündigungsschutz bei Mutterschaft so gestalten, daß Frauen und Männer sich gleichermaßen für Familie und Beruf engagieren können. Und wir wollen wieder das einheitliche Kindergeld für alle statt ungerechter steuerlicher Frei-

beträge, die Großverdiener zweieinhalb Mal so stark entlasten wie Normalverdiener.

Das soziale Sicherungssystem soll umfassend reformiert werden. Das geht nur schrittweise, aber wir müssen heute damit beginnen.

Wenn die **Alterssicherung** wetterfest sein soll, muß an der beitragsbezogenen Rente festgehalten werden. Je höher die Beiträge sind und je länger sie gezahlt wurden, desto höher die Rente. Eine neue Rentenformel muß dafür sorgen, daß die Rentenversicherung mit dem ungünstiger werdenden Zahlenverhältnis zwischen Beitragszahlern und Rentnern fertig wird. Deshalb muß sich der Bund durch einen höheren Bundeszuschuß daran beteiligen, daß die Rentenfinanzen im Gleichgewicht bleiben.

Die Alterssicherungssysteme verschiedener Gruppen müssen schrittweise angeglichen werden.

Wir wollen eine bedarfsorientierte soziale Grundsicherung, die im Alter, bei Invalidität und Arbeitslosigkeit einen angemessenen Grundbedarf sichert, ohne daß Sozialhilfe gezahlt werden muß. Wenn beitragsbezogene Leistungen nicht ausreichen, sollen sie auf die Höhe der sozialen Grundsicherung aufgestockt werden.

Der technische und wirtschaftliche Wandel hat auch Folgen für die Finanzierung der **Sozialversicherung**. Es ist nicht einzusehen, warum ein personalintensiver Betrieb erheblich mehr Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung abführen muß als ein Betrieb mit gleichen Erträgen, aber erheblich weniger Personal. Diese Ungerechtigkeit, die auch die Schaffung neuer Arbeitsplätze behindert, wollen wir dadurch beseitigen, daß wir die gesamte wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Betriebes, die Wertschöpfung, zur Bemessung der Arbeitgeberbeiträge heranziehen.



# Nürnberger Beschlüsse

## Soziales

Die **Sozialhilfe** muß auf ihre eigentliche Aufgabe, nämlich die Hilfe in besonders schwierigen Lebenslagen und die Hilfe zum Lebensunterhalt in Einzelfällen, konzentriert werden. Ihre Höhe muß an den tatsächlichen heutigen Bedarf angepaßt werden — das heißt, der sogenannte „Warenkorb“ ist mit allem zu füllen, was für ein menschenwürdiges Leben erforderlich ist.

Wir wollen, daß die **Behinderten** nicht aus unserer Gesellschaft ausgegrenzt werden. Sie haben ein Recht auf Bildung und Ausbildung und sie wollen arbeiten. Für sie brauchen wir mehr Ausbildungs- und Arbeitsplätze. Die Arbeitgeber sollen zur Einstellung von Behinderten ermuntert werden, auch mit einer deutlich erhöhten Ausgleichsabgabe für den Fall, daß sie nicht den gesetzlich geforderten Anteil von Behinderten an der Gesamtbelegschaft erreichen.

### Unser Gesundheitswesen muß leistungsfähig bleiben und stärker vorsorgend werden.

Unser **Gesundheitswesen** ist inzwischen so teuer geworden, daß es kaum mehr bezahlt werden kann. Noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland waren die Beiträge zu den Krankenkassen so hoch wie heute. Das hat hauptsächlich folgende Gründe:

- In der Krankenversicherung sind Arbeiter und Angestellte nicht gleichgestellt. Einzelne Kassenarten erleiden Wettbewerbsnachteile. Zwischen den Kassenarten gibt es ungerechtfertigte Rechtsunterschiede. Dies gilt es zu ändern. Den Beamten sollte die gesetzliche Krankenversicherung geöffnet werden. Dies würde auch die Versicherungsgemeinschaft stärken.
- Die Preise für Arzneimittel, die Honorare für ärztliche Leistungen und die Krankenhauspflegesätze bilden sich so, daß davon keinerlei Anreiz

ausgeht, gut und trotzdem kostenbewußt zu behandeln. Was zum Beispiel für die Auslastung teurer Apparate nützlich ist, muß nicht immer auch medizinisch notwendig sein. Dies muß geändert werden. Überversorgung läßt sich beseitigen, ohne daß die Qualität der Gesundheitsversorgung Schaden nimmt. Wichtig wird es sein, die Stellung der Krankenkassen bei der Aushandlung der Preise und Honorare mit der Pharmaindustrie und den Ärztevereinigungen zu stärken.

— Es wird zuwenig für die Gesundheitsvorsorge getan. Dabei wäre es billiger, einer Krankheit vorzubeugen, als sie zu heilen. Deshalb müssen wir die Vorsorge ausbauen.

— Unser Gesundheitswesen ist ohne politische Orientierung: Es wird viel über Sparen geredet, selten über Ziele und qualitative Veränderung. Der Deutsche Bundestag muß klare politische Vorgaben für die weitere Entwicklung des Gesundheitswesens schaffen: zum Beispiel ob die Krankenkassen weiter passive Zahlstelle bleiben oder eine aktivere Rolle in der Vorbeugung übernehmen sollen.

# Sechstens: Frieden und Sicherheit bewahren

# Nürnberger Beschlüsse Frieden

## Die Lage

Die Aufrüstung nicht nur in den Industrienationen hat unvorstellbare Ausmaße erreicht. Sie verschlingt astronomische Summen, von denen nur ein kleiner Bruchteil genügen würde, um weitverbreitete Krankheiten zu besiegen, in den ärmeren Ländern in ausreichender Zahl Schulen und Krankenhäuser zu bauen und notwendige berufliche Qualifikationen zu vermitteln.

In den letzten 40 Jahren sind weit über hundert Kriege in aller Welt geführt worden; sie haben mehr Opfer gefordert als die beiden Weltkriege dieses Jahrhunderts.

Und die internationale Politik bereitet den Nährboden für neue Auseinandersetzungen: Die Kluft zwischen reichen Industrieländern und Entwicklungsländern mit unvorstellbarer Armut wächst rasch weiter. Und die sich immer höher türmenden Schuldenberge einer immer größeren Zahl von Entwicklungsländern haben dazu geführt, daß sie inzwischen mehr Geld an uns zurückzahlen als sie von uns erhalten.

Immer mehr Entwicklungsländer sind gezwungen, um jeden Preis alles zu verkaufen, was sie noch haben und gleichzeitig von uns immer teurere Waren zu beziehen. Die Exportförderhilfen für landwirtschaftliche Produkte und die Subventionen für die landwirtschaftliche Überproduktion in den Industriestaaten machen den Warenaustausch mit der auf Agorexporte angewiesenen sogenannten „Dritten Welt“ trotzdem immer schwieriger. Mit einem Satz, diese Länder bluten förmlich aus, stürzen in verheerende Armut. Und sie gehen auf lange Sicht als Handelspartner verloren.

Auf der anderen Seite vergeuden die Industrienationen in Ost und West die Ressourcen unserer Erde in unnötigen Rüstungsprogrammen.

Die Entwicklungsländer sind dieser Ent-

wicklung ratlos gegenüber, unternimmt nichts. Sie, die mit dem Versprechen angetreten ist, Frieden zu schaffen mit immer weniger Waffen, hat zugelassen, daß die Waffenberge in den letzten Jahren schneller gewachsen sind als je zuvor. Sie gehört zu den entschiedensten Befürwortern der Aufrüstung des Welttraums. Möglichkeiten der Abrüstung steht sie mit unverhohlenem Mißtrauen gegenüber.

## Unsere Vorschläge für eine friedliche und gerechte Welt

Wir Sozialdemokraten fordern schon lange eine Weltordnung, in der Konflikte ohne Gewalt gelöst werden und der Krieg als Mittel der Politik ausscheidet. Das Godesberger Programm schlägt eine internationale Rechtsordnung mit eigenen Machtmitteln vor, die die nationale Landesverteidigung ablösen soll.

Davon sind wir noch weit entfernt. Solange es diese Friedensordnung nicht gibt, müssen wir, mit dem Rückhalt der NATO und der Partnerschaft mit den westlichen Demokratien, die Entspannungspolitik fortsetzen, die wir in den 70er Jahren begonnen haben. Der Ost-West-Konflikt muß zu einem gewaltfreien Wettbewerb unterschiedlicher politischer Ordnungsvorstellungen entschärft werden. Sicherheit darf nicht nur die Fähigkeit zur militärischen Verteidigung sein. Sie muß den Willen zur Entspannung beinhalten und sie darf sich nicht nur auf Europa konzentrieren. Sie ist nicht mehr abzukoppeln von der Suche nach gerechten Lösungen mit der Dritten Welt.

## Sicherheit ist nur noch im Miteinander möglich.

Unsere Sicherheit verlangt immer auch die Sicherheit der anderen. Kriege können nur gemeinsam verhütet werden. Für alle Staaten in West und Ost müssen alle Grenzen in Europa unverletzlich sein. Nur so entsteht das Vertrauen, das gemeinsame Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Sicherheit möglich macht: Die **Sicherheitspartnerschaft**. Die Verantwortung der beiden deutschen Staaten dafür ist besonders groß. Diese politische Gestaltung unserer Sicherheit gewinnt in der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) ihre Konturen. Sie soll das Forum für die Entwicklung einer europäischen Friedensordnung sein.

Militärisch bedeutet gemeinsame Sicherheit, daß Größe, Ausstattung und Strategie der Armeen in Europa keine Bedrohung für andere Staaten sein dürfen. Gleichzeitig müssen wir zeigen, daß sich ein Angriff nicht lohnt: „Strukturelle Nichtangriffsfähigkeit“ ist der Ausdruck in der öffentlichen Diskussion für unsere Forderung nach einem Sicherheitskonzept,

- das vor allem auf Konflikt- und Kriegsverhütung im regionalen Sinne angelegt ist,
- das auf Voraussetzungen verzichtet, die zu offensiven oder raumgreifenden Aktionen auf dem Gebiet eines möglichen Gegners geeignet sind,
- das durch Stärkung von Panzerabwehr-, Luftabwehr- und Sperrfähigkeit die militärische Verteidigungsfähigkeit von Bundeswehr und NATO-Streitkräften verbessert und
- damit insgesamt eine Verbesserung der Glaubwürdigkeit der Abwärtstendenzen der NATO zum Ziel hat.

Die militärischen Aspekte der europä-

schen Sicherheit finden ihre Gestalt in der Konferenz für Vertrauensbildung und Abrüstung in Europa (KVAE) von Stockholm, wo über eine Vereinbarung gesprochen wird, die vor Überraschungsangriffen schützen soll. Und bei den Verhandlungen über beiderseitige ausgewogene Truppenverminderungen in Wien, die unter der englischen Abkürzung MBFR bekannt geworden sind.

Ein so gewonnenes gegenseitiges sicherheitspolitisches Vertrauen erleichtert die Rüstungsbegrenzungen und die Abrüstung. Die SPD ergänzt dies dadurch, daß sie ihren schon oft ausgesprochenen Verzicht auf militärische Gewalt bekräftigt.

## Wir setzen uns für Frieden durch Abrüstung ein.

Im Bereich der **atomaren Rüstung** fordert die SPD, daß während der Abrüstungsverhandlungen keine neuen Atomwaffen aufgestellt oder getestet werden, und daß die Entwicklung von Weltraumwaffen eingestellt wird. Wir wollen, daß der sogenannte ABM-Vertrag, der den Aufbau weitreichender Raketenabwehrsysteme verbietet, strikt eingehalten wird. Dieser Vertrag ist zur Zeit das einzige funktionierende Rüstungskontroll-Abkommen. Wir sind deshalb entschieden gegen ein europäisches SDI. **Wir wollen den Abzug der sowjetischen und amerikanischen Mittelstreckenraketen** — ohne Wenn und Aber.

Das bedeutet, daß alle Mittelstreckenraketen beseitigt werden müssen — auch die 72 Pershing 1A der Bundeswehr mit amerikanischen Sprengköpfen.

Es muß weiter über die Verrücktheit der Atomraketen mit Reichweiten zwischen 150 und 500 Kilometern verhandelt werden. **Wir wollen eine weitere Null-Lösung statt Nachrüstung!**

Darüber hinaus muß endlich der von SPD und SED gemeinsam vereinbarte

# Nürnberger Beschlüsse Frieden



atomwaffenfreie Korridor entlang der Blockgrenzen eingerichtet werden. Dadurch könnte kurzfristig ein Abzug von tausenden Atomsprengköpfen, sogenannter Gefechtsfeldwaffen, mit Reichweiten bis zu 150 Kilometern erreicht werden.

Und wir fordern das weltweite Verbot chemischer Waffen. Solange dies nicht erreicht ist, wollen wir eine chemiewaffenfreie Zone in Europa — für die von SPD und SED ebenfalls ein regionales Lösungsmodell ausgearbeitet worden ist.

## Internationale Zusammenarbeit für den weltweiten Frieden.

Wir wollen nicht, daß die Welt in Einflußzonen der beiden Supermächte aufgeteilt wird. Wir verlangen den Rückzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan und die Unterstützung des Friedensprozesses in Mittelamerika durch die Vereinigten Staaten. Und wir fordern, daß den Menschenrechten überall auf der Welt Geltung verschafft wird.

Eine europäische Initiative mit dem Ziel, die Vereinigten Staaten von Europa aufzubauen, ist Inhalt unseres Beschlusses „**Friedensmacht Europa**“. Diese Forderung ist nicht neu. Sie ist schon vom Heidelberger Parteitag der SPD im Jahre 1925 erhoben worden, ist aber — leider — nicht minder aktuell als damals.

Wer Solidarität mit der Dritten Welt ernst nimmt, kommt nicht umhin, sich für den Aufbau einer neuen Weltwirtschafts- und Sozialordnung einzusetzen. In den letzten Jahren hat sich die Lage in der Dritten Welt nicht gebessert, und die deutsche Hilfe für die Entwick-

lungsländer hat sich sogar verschlechtert: Finanziell, aber auch inhaltlich. Nicht mehr partnerschaftliche Zusammenarbeit steht im Vordergrund, sondern politische Linientreue und Exportinteresse.

Wir wollen, daß die Entwicklungsländer stetigere, verlässlichere und gerechtere Einnahmen aus ihren Exporten erhalten. Die Europäische Gemeinschaft hat damit einen Anfang gemacht, mit ihrem Mechanismus zur Stabilisierung von Exporterlösen („STABEX“), den sie mit inzwischen fast 70 Entwicklungsländern vereinbart hat. Solche Stabilisierungsmechanismen müssen ausgebaut und durch langfristige Verträge gesichert werden, etwa durch das „integrierte Rohstoffprogramm“, das schon vor Jahren beschlossen, aber noch immer nicht vollständig in die Tat umgesetzt worden ist.

Die Entwicklungsländer müssen in die Lage versetzt werden, ihre Rohstoffe nicht nur verkaufen zu müssen, sondern selbst weiterverarbeiten zu können. Das hat — kurzfristig — auch Auswirkungen auf unsere Exporte in diese Länder, gegen deren Folgen die Arbeitnehmer in den betroffenen Betrieben bei uns abgesichert werden müssen. Auf längere Sicht nutzt dies uns jedoch: Nur wirtschaftlich gesunde Staaten sind gute Handelspartner.

Ein brennendes Problem ist die Verschuldung der Dritten Welt gegenüber den Industrieländern. Sie müssen heute Kredite zurückzahlen, die sie vor zehn oder mehr Jahren zu günstigen Bedingungen aufgenommen haben, deren Zinsen aber im Laufe der Zeit um ein Vielfaches gestiegen sind. Dafür gehen oft fast die gesamten Exporteinnahmen eines Landes drauf. Das kann so nicht weitergehen. Die Schuldzinsen müssen ein langfristig festgelegtes Niveau haben. In vielen Fällen ist ein Erlass von Zinsen oder gar der Schulden notwendig. Das kann durch internationale Vereinbarungen erreicht werden, etwa im Rahmen einer Weltschuldskonferenz.

Die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes trauen dem am meisten zu, der in der Vergangenheit richtig und zuverlässig gehandelt hat. Das zeigt die Erfahrung. Die SPD, die älteste deutsche Partei, war nie an der Seite derer, die Kriege angefangen oder Unrecht über unser Volk brachten. Wir streiten für sozialen Frieden und für mehr Demokratie in Politik und Gesellschaft. Daraus schöpfen wir die Zuversicht, der Garant der Bürgerinnen und Bürger für eine bessere Zukunft zu sein.

---

## Die Nürnberger Beschlüsse im Wortlaut:

---

- Politik Nr. 8:  
**Unser Weg zu Abrüstung und Frieden**  
Beschluß zur Friedens- und Sicherheitspolitik der SPD  
Parteitag in Nürnberg 25.—29. August 1986  
Bestell-Nr. 200 104, Preis: 25 Pf
- Politik Nr. 9:  
**Nürnberger Aktionsprogramm: Massenarbeitslosigkeit überwinden, die Wirtschaft ökologisch und sozial erneuern**  
Beschluß zur Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik der SPD  
Parteitag in Nürnberg 25.—29. August 1986  
Bestell-Nr. 200 114, Preis: 40 Pf
- Politik Nr. 10:  
**Gerechte Steuern**  
Beschluß zur Finanzpolitik der SPD  
Parteitag in Nürnberg 25.—29. August 1986  
Bestell-Nr. 200 124, Preis: 15 Pf
- Politik Nr. 11:  
**Die Zukunft sozial gestalten**  
Beschluß zur Sozialpolitik der SPD  
Parteitag in Nürnberg 25.—29. August 1986  
Bestell-Nr. 200 134, Preis: 30 Pf
- Politik Nr. 12:  
**Sichere Energieversorgung ohne Atomkraft**  
Beschluß zur Energiepolitik der SPD  
Parteitag in Nürnberg 25.—29. August 1986  
Bestell-Nr. 200 144, Preis: 15 Pf
- Politik Nr. 13:  
**Kurswechsel für Leben und Umwelt — für die ökologische Erneuerung der Industriegesellschaft**  
Beschluß zur Umweltpolitik der SPD  
Parteitag in Nürnberg 25.—29. August 1986  
Bestell-Nr. 200 154, Preis: 25 Pf
- Politik Nr. 14:  
**Gleiches Recht für die Frauen**  
Beschluß zur Gleichstellungspolitik der SPD  
Parteitag in Nürnberg 25.—29. August 1986  
Bestell-Nr. 200 164, Preis: 15 Pf

**Diese Broschüre gibt die Nürnberger Beschlüsse der SPD in einer aktuellen Kurzfassung wieder. Einzel Exemplare mit dem vollen Wortlaut können Sie unter den angegebenen Bestellnummern anfordern beim SPD-Parteivorstand, Referat Produktion und Vertrieb, Postfach 2280, 5300 Bonn 1.  
Falls zur Hand: Bitten den Kostenbeitrag in Briefmarken beilegen.**